Deutscher Bundestag
14. Wahlperiode

Drucksache 14/707

29. 03. 99

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Christa Luft, Gerhard Jüttemann, Rolf Kutzmutz und der Fraktion der PDS
— Drucksache 14/524 —

Aufarbeitung der Kriminalität bei der Privatisierung von volkseigenen Betrieben (II)

Die Privatisierung von volkseigenen Betrieben durch die Treuhandanstalt hat nur zu einem Teil wettbewerbsfähige Unternehmen entstehen lassen und Arbeitsplätze gesichert (vergleiche hierzu Kleine Anfrage auf Drucksache 14/482).

Bei der Privatisierung eines Waggonbauunternehmens, eines Herstellers von Bau und Montage vollständiger Industrieanlagen sowie Pumpen und Verdichtern in Sachsen-Anhalt, eines Unternehmens der Stahlgießereien im Norden der Landeshauptstadt und eines Unternehmens des Kranbaus aus dem Regierungsbezirk Dessau ist es möglicherweise zu strafbaren Handlungen gekommen.

Sofern die Bundesregierung aus rechtlichen Gründen keine Antwort zu den einzelnen Unternehmen gibt, wird darum gebeten, die Angaben insgesamt für diese vier Unternehmen zu machen.

Vorbemerkung

Die Bundesregierung verweist auf die Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Christa Luft, Gerhard Jüttemann, Rolf Kutzmutz und der Fraktion der PDS vom 3. März 1999 – Aufarbeitung der Kriminalität bei der Privatisierung von volkseigenen Betrieben (Teil I) (Drucksache 14/482). Der Teil II der Anfrage bezieht sich nach mündlicher Information der Fragesteller konkret auf die Unternehmen:

- Waggonbau Dessau GmbH (WBD),
- SKL Magdeburg (SKL),
- Stahlgießerei Rothensee GmbH (SGR),
- Gresse Kranbau Wittenberg GmbH (Gresse).

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 26. März 1999 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Die Bundesregierung antwortet im Rahmen der ihr zugänglichen Informationen, soweit keine schutzbedürftigen Daten betroffen sind und sofern nach der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes ihre Zuständigkeit gegeben ist.

1. a) Ab wann bzw. in welchen Schritten wurden die Standorte auf jeweils einen Bruchteil reduziert bzw. geschlossen?

WBD
Der VEB Waggonbau Dessau wurde im Jahr 1990 in die Waggonbau Dessau GmbH (WBD) umgewandelt. Gesellschafter zu 100 % war die Deutsche Waggonbau AG (DWA), heute Deutsche Waggonbau GmbH.

Im Rahmen des Restrukturierungsprogramms für die gesamte AG erarbeitete die DWA für den Standort Dessau ein alternatives Standortkonzept und gründete zu dessen Umsetzung im Jahr 1995 drei Gesellschaften am Standort Dessau:

- Fahrzeugtechnik Dessau GmbH (FTD),
- Industriepark Dessau GmbH (IPG),
- Dessauer Qualifizierungs-, Arbeits- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH (DQAS).

Die WBD stellte zum 30. Juni 1995 den Geschäftsbetrieb ein und wurde – mit Ausnahme der ausgegründeten Gesellschaften – mit der Muttergesellschaft DWA verschmolzen; alle zum damaligen Zeitpunkt beschäftigten 746 Mitarbeiter wurden entlassen und erhielten Leistungen im Rahmen eines Sozialplanes.

Die FTD übernahm 173 Mitarbeiter, betriebsnotwendige Grundstücke sowie bewegliches Anlagevermögen und produziert heute mit ca. 180 Mitarbeitern.

Die IPG übernahm sieben Mitarbeiter. Ihr Geschäftszweck ist der Betrieb eines Industrie- und Gewerbeparks, in dem mittlerweile durch Neuansiedlungen ca. 1 150 Mitarbeiter Arbeit finden.

Zirka 550 Mitarbeiter wurden durch die DQAS aufgefangen.

SKL
Nachdem die Privatisierung der SKL-Motoren- und Systemtechnik AG (später SKL Vermögensverwaltung GmbH) – insgesamt als nicht realisierbar eingeschätzt wurde, hat die Treuhandanstalt auf der Grundlage eines Restrukturierungskonzeptes vom Oktober 1991 einzelne Betriebsteile bzw. Produktionsbereiche privatisiert; andere mußten wegen fehlender Sanierungsfähigkeit und -würdigkeit geschlossen werden.

Einzelne Schritte hierbei waren u. a. der Verkauf eines automatisierten Fertigungszentrums in 1991, die Privatisierung des Bereiches Industrieanlagen sowie des Bereiches Hauptmechanik/Instandhaltung im Jahr 1992, die Privatisierung des Weiterbildungszentrums sowie die Schließung der Schmiede in 1993. Im Jahr 1994 wurden das Rechenzentrum und die Glüherei/Härterei privatisiert. Es folgte die Privatisierung der Bereiche Motorenbau, Apparatebau und Gießerei an die Lintra Beteiligungsholding sowie der Energieerzeugung und -versorgung. 1995 gingen Vermögens-

teile der SKL Industrieverwaltung GmbH in das Eigentum kleinerer Maschinenbaufirmen über; 1996 wurde neben dem Prüflabor die SKL Industrieverwaltung GmbH selbst privatisiert.

Durch die Privatisierung und die Neuansiedlung von Unternehmen am Standort der SKL konnten ca. 1 500 Arbeitsplätze gesichert werden. Nach Kenntnis der BvS haben ca. 6 100 Arbeitnehmer Sozialplanleistungen erhalten.

Die Zweitprivatisierung des Lintra-Unternehmens SKL-M (Motorenbau) erfolgte im November 1997. Es wurden 300 Arbeitsplätze erhalten.

Die Magdeburger Eisengießerei (ehem. SKL-Gießerei) und die SKL Industriepark GmbH befinden sich in Gesamtvollstreckung.

SGR
1991 wurden die nicht zum Hauptgeschäft gehörenden Unternehmensbereiche

– MBS Bau und Stahlbau GmbH (MBS),
– MFSA Modell, Werkzeug und Formenbau GmbH (MFSA),
– MGM Gießerei Maschinenbau GmbH (MGM)

ausgegründet und in den Folgejahren privatisiert.

Die SGR selbst wurde mit ihrer Tochtergesellschaft MFSA im April 1994 privatisiert. Der Erwerber übernahm 330 Arbeitnehmer.

Gresse
Das Unternehmen Kranbau Wittenberg GmbH wurde durch Vereinbarung vom 26. April 1991 mit Wirkung zum 1. Juli 1990 reprivatisiert. Diese Reprivatisierung wurde durch Bescheid des zuständigen Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen vom 12. Juli 1995 bestandskräftig abgeschlossen. Nach der Rückübertragung firmierte das Unternehmen unter Gresse GmbH Kranbau Wittenberg mit ca. 200 Arbeitnehmern.

Zum 1. Dezember 1997 mußte das Unternehmen Gesamtvollstreckung anmelden.

b) Wie viele Beschäftigte hatten die Unternehmen 1990 jeweils?

WBD	ca. 2 780
SKL	ca. 6 600
SGR	ca. 1 900
Gresse	ca. 340

2. Was waren jeweils für die Unternehmen die Gründe für die Schließung bzw. „Fastschließung“ des Standortes und den Wegfall der Arbeitsplätze?

WBD
Grund für die Einstellung der Fertigung von Spezialwaggons und die dargestellte Restrukturierung des Standortes waren die im Vergleich zum wegbrechenden Markt überproportionierten Kapazitäten.

Die Position der Waggonbau Dessau GmbH hatte sich im Vergleich zu den anderen Standorten der DWA deutlich verschlechtert. Für das Überleben des Gesamtkonzerns war es unerläßlich, den Standort Dessau auf andere Produkte umzustellen.

SKL
Zu nennen sind insbesondere zu hohe Produktionskosten, fehlende Absatzmöglichkeiten (u. a. wegen der zurückgehenden Nachfrage in Osteuropa) und Managementprobleme.

SGR
Die Stahlgießerei Rothensee hatte zum Zeitpunkt der Umwandlung Defizite in den Bereichen Vertrieb, Personal und Organisation. Die traditionellen Absatzmärkte – bis 1990 wurde etwa die Hälfte der Produktion in die ehemalige UdSSR geliefert – brachen weg. Neue Märkte für Stahlgußerzeugnisse konnten nicht schnell genug erschlossen werden, zumal der Markt insgesamt durch die Substitution von Gußerzeugnissen durch andere Materialien und Techniken schrumpfte.

Gresse
Zum Zeitpunkt der Gesamtvollstreckung bestanden keine vertraglichen Beziehungen mehr zwischen dem reprivatisierten Unternehmen und der BvS. Soweit bekannt, waren zurückgehende Nachfrage, insbesondere auf den östlichen Märkten, Überkapazitäten sowie zu hohe Produktionskosten die Gründe für die Gesamtvollstreckung.

3. Wie viele Fördermittel sind jeweils von der Europäischen Union und vom Bund sowie nach Kenntnis der Bundesregierung von den Ländern in die Unternehmen geflossen?

Die Frage betrifft zu schützende Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse der Unternehmen.

4. In welchen Fällen gab es für diese Unternehmen Untersuchungen zum rechtmäßigen Ablauf der Privatisierung in der Treuhandanstalt bzw. Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben?

Der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben liegen keine Anhaltspunkte für unrechtmäßige Handlungen bei der Privatisierung vor.

5. In welchen Fällen wurden jeweils strafrechtliche Maßnahmen geprüft, und in welchen Fällen wurde Anklage erhoben?

   In welchen Fällen sind Verfahren eröffnet?

   In welchen Fällen sind die Verfahren abgeschlossen?

Der Bundesregierung sind vier Überprüfungsfälle bekannt, zwei Ermittlungsverfahren wurden zwischenzeitlich eingestellt, zwei Fälle wurden ohne Einleitung eines Ermittlungsverfahrens abgeschlossen.

6. Wann wurde das Konkursverfahren jeweils abgeschlossen?

Nach Kenntnis der Bundesregierung sind die laufenden Gesamtvollstreckungsverfahren noch nicht abgeschlossen.

7. Wie viele Arbeitsplätze konnten jeweils gesichert werden, und wie viele Arbeitsplätze gingen verloren?

Der Bundesregierung liegen keine Angaben vor, wieviel Arbeitsplätze im Zusammenhang mit der Gesamtvollstreckung erhalten werden können. Auf die Antwort zu Frage 1a wird verwiesen.

8. Wie viele Beschäftigte haben jeweils Sozialplanleistungen erhalten, wie viele nicht?

   Wie beurteilt die Bundesregierung jeweils die Möglichkeit, für die ehemals Beschäftigten eine Kompensation für den Verlust von Arbeitsplätzen an diesen Standorten zu schaffen?

Die Bundesregierung geht davon aus, daß die von Entlassung betroffenen Arbeitnehmer Sozialplanleistungen erhalten haben. Zu WBD und SKL wird auf die Antwort zu Frage 1a verwiesen. Weitere Einzelheiten sind der Bundesregierung nicht bekannt.

9. Welcher Schaden ist jeweils für das Treuhandvermögen eingetreten bzw. wird von der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben eingeklagt?

Der Ausfallschaden der BvS kann erst nach Abschluß der Insolvenzverfahren festgestellt werden.

10. Welche Chancen sieht die Bundesregierung jeweils, veruntreute Mittel zurückzuführen und für die Förderung von Arbeitsplätzen einzusetzen?

Die Bundesregierung hat bei der Privatisierung der in Rede stehenden Unternehmen keine Untreuetatbestände festgestellt.